

Neues Normungsgesetz bietet gute Ansätze

Chinas Normungssystem wird einer Verjüngungskur unterzogen und dabei an gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten sowie an internationale Normen angepasst. Ob der neue Gesetzentwurf tatsächlich die erhoffte Klarheit in den chinesischen Normen-Dschungel bringt, wird erst dessen Umsetzung zeigen.

Chinas Normungssystem besteht seit 1988. Es umfasst Normen auf unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Behörden. Im Rahmen der Überarbeitung soll eine Vielzahl überlappender und teils widersprüchlicher Normen auf ihre Kohärenz geprüft werden.

Weiterhin viel Interpretationsspielraum?

Seit 2015 wurden vier Entwürfe für das neue chinesische Normungsgesetz zurückgewiesen, bevor dem Nationalen Volkskongress im März 2017 ein endgültiger Entwurf zur Abstimmung vorgelegt wurde. Hintergrund für die Verzögerungen ist das Gerangel verschiedener chinesischer Ministerien um ihren Einfluss auf die chinesische Verwaltung für Normung (Standardization Administration of the People's Republic of China – SAC). Als Antwort auf die Forderungen der Handelspartner in den WTO-Beitrittsverhandlungen beschloss der Staatsrat 2001 mit der SAC eine zentral zuständige Behörde zu schaffen. Die SAC wiederum ist dem Ministerium für Qualitätskontrolle (AQSIQ) unterstellt, das tendenziell eher die staatliche Verantwortung für die Sicherheit und Qualität von Produkten hervorhebt und sich bislang mit einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung von Normungsarbeit schwer tut.

Auch der finale Entwurf des noch nicht verabschiedeten Normungsgesetzes legt die Vermutung nahe, dass ähnlich wie bei anderen chinesischen Gesetzen weiterhin viel Interpretationsspielraum hinsichtlich der Festlegung ministerieller Zuständigkeiten bestehen bleibt. Erst die konkrete Umsetzung wird zeigen, ob in Zukunft wirklich nur noch die SAC verpflichtende Normen auf nationaler Ebene entwickelt. Für eine Stärkung der SAC müssten jedoch einflussreiche Ministerien wie das MIIT, das etwa bei der Entwicklung von „Industrie 4.0-Standards“ oder von Krypto-Standards im Rahmen des neuen chinesischen Cyber-Security-Gesetzes eine zentrale Rolle spielt, ihre Gestaltungsmacht bei der Standardsetzung abgeben.

Kohärenzprüfung und Harmonisierung

Neben der Zentralisierung von behördlichen Zuständigkeiten zielt die Reform des chinesischen Normungssystems vor allem auf die Kohärenzprüfung von existierenden Normen sowie auf die Harmonisierung von chinesischer Normung mit der ISO-Normung. Allein die Überprüfung von nahezu 100.000 nationalen, lokalen und branchenspezifischen Normen in China ist eine Mammutaufgabe. Die Harmonisierung von chinesischen mit internationalen Normen wird dadurch

erschwert, dass China bislang immer wieder an „nationalen Besonderheiten“ festgehalten hatte. Der resultierende erhöhte Prüfaufwand stellt für ausländische Firmen oft ein Marktzugangshemmnis dar.

Ein weiteres Ziel der Reform ist es, durch eine bessere Einbindung der Industrie effizientere Normen zu entwickeln. Hierfür werden einflussreiche Akteure, wie bestimmte Verbände, Forschungsinstitute und Industrie-Allianzen, die in der Praxis informell bereits heute eine starke Rolle in der Normungsarbeit spielen, zukünftig als sogenannte „soziale Organisationen“ offiziell mit der Standardentwicklung betraut. Während die stärkere Einbindung industrienaher Akteure zu begrüßen ist, sind diese Akteure anders als in Deutschland oft nicht unabhängig, da sie zum Teil eng mit staatlichen Stellen in Verbindung stehen oder sich auch oft über Normungsarbeit finanzieren und deshalb tendenziell Interesse an einer möglichst hohen Zahl von Normen haben.

Transparenz und gleichberechtigter Zugang

Aus Sicht des APA ist vor allem eine Erhöhung der Transparenz in den Normungsverfahren und ein gleichberechtigter Zugang zu Normungsausschüssen wichtig. Ausländische Firmen, die in China produzieren, sollten dieselben Mitentscheidungsrechte haben wie chinesische Unternehmen, ohne sie im stärkeren Maße zur Offenlegung von Details über unternehmensinterne Normen zu zwingen. In Deutschland können sich ausländische Unternehmen über ihre lokalen Niederlassungen gleichberechtigt in den Normungskomitees von DKE und DIN einbringen. Insgesamt begrüßt die deutsche Asien-Wirtschaft die Ziele der Reform, entscheidend ist aber deren Umsetzung. Zentral wird dabei vor allem die Anpassung von chinesischen Standards an die ISO-Norm sein. Eine schleichende Etablierung eines chinesischen Parallelsystems zur ISO-Norm würde die Effizienz internationaler Wertschöpfungsketten stark einschränken. Stattdessen sollte China sich noch intensiver in international anerkannten Normungsgremien engagieren. Die intensive deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Normungsbereich wird seit vielen Jahren durch verschiedene Initiativen flankiert und die Anerkennung der ISO- und IEC-Normen wäre eine folgerichtige Konsequenz. Eine verstärkte deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Bereich Industrie 4.0 wäre ohne einheitliche Standards kaum möglich und nicht im Interesse der international tätigen chinesischen und deutschen Firmen.



APA-Geschäftsführung China:

Ferdinand Schaff

F.Schaff@bdi.eu / Telefon +49 30 2028 1409

Patricia Schetelig

P.Schetelig@bdi.eu / Telefon +49 30 2028 1532

www.asien-pazifik-ausschuss.de

APA
Asien-Pazifik-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft